

## Nicht nur blauer Dunst

„Kleinvieh macht auch Mist“

Jeder Raucher kennt das. Wenn es kribbelt, wenn sich ein Püschchen erübrigen lässt, wird schnell mal zum Glimmstängel gegriffen. Zwar weiß inzwischen jeder Dreikäsehoch, dass Rauchen nicht gesund ist, aber zu den möglichen Gesundheitsproblemen können in Zukunft ganz profane, nämlich finanzielle Probleme hinzu kommen. Es sei denn, man ist angehender Millionär oder so. Denn künftig kann dieses zwar geräuschlose, aber geruchsintensive Laster so manchen ohnehin klammen Geldbeutel noch mehr strapazieren. Jedenfalls hat das unsere geschäftstüchtige Regierung beschlossen.

### TABAKSTEUER STATT ÖKOSTEUER

Würde es darum gehen, quasi durch die Hintertür eine Art Antiraucherka mpagne loszutreten, so

wäre das ja noch verständlich. Aber dem ist nicht so. Vielmehr stecken verdammt kommerzielle Gründe dahinter. Ursprünglich ging es um die Erhöhung der so genannten Ökosteuern, die eigentlich von bestimmten Wirtschaftszweigen als den Verursachern ökologischer Probleme gezahlt werden sollte. Gedacht war an etwa 1,5 Milliarden Euro jährlich. Das aber war der Wirtschaft entschieden zu viel, also hat sie heftig dagegen protestiert. Mit Erfolg, wie man sieht. Die Re-

gierung hat sich umgesehen und herausgefunden, dass man ja mal wieder an der Tabaksteuer drehen könnte. Wer möchte sich schließlich die Wirtschaft zum Feind machen, zumal die sich nicht lumpen lässt, wenn es um üppige Wahlkampfspenden für unternehmerfreundliche Parteien geht? Also stellte unsere Regierung nach dem Motto „Kleinvieh macht auch Mist“ klar, dass jeder Glimmstängel-Abhängige pro Schachtel in den nächsten

soll pro Jahr eine Milliarde Euro zusätzliche Tabaksteuer in die Staatskasse fließen. Aber wird diese Rechnung aufgehen? Seit 2002 wurde die Tabaksteuer bereits fünfmal angehoben, zuletzt am 1. September 2005. Dies führte jeweils nur kurzzeitig zu Mehreinnahmen. 2009 lagen die Einnahmen bei insgesamt etwa 13,4 Milliarden Euro – das waren 400 Millionen Euro weniger als 2005.

Zu vermuten ist, dass sich der findige Raucher nach Alternativen umsieht. Sich seine Zigarette selbst zu drehen gehört allerdings nicht (mehr) dazu, denn die Regierung hat es mittlerweile auch auf die Selbstdreher abgesehen: Eine 40-Gramm-Packung Tabak wird ab 1. Mai 2011 um 12 bis 14 Cent teurer. Warum soll es den Selbstdreher besser gehen, mag unsere

Obrigkeit gedacht haben, als anderen Kunden, auf deren Mitwirkung am Endprodukt die Wirtschaft zunehmend setzt, bei gleichzeitiger Erhöhung der Preise? Dem armen Raucher bleibt, wenn er sich finanziell nicht übernehmen will, nur die illegale Beschaffung oder der Selbstanbau von Tabak. Daneben gibt es noch eine ganz gemeine, so richtig hinterhältige Möglichkeit, der Regierung den Stinkefinger zu zeigen: Indem man sich einfach das Rauchen abgewöhnt. *W. Weise*



Jahren so zwischen vier und acht Cent mehr blechen darf. Auch bei Zigarren, Zigarillos und Pfeifentabak wird kräftig zugelangt – wenn schon, denn schon.

### WIRD DIE RECHNUNG AUFGEHEN?

Vorerst bleibt es bei harmlosen Cent-Beträgen, die aber zusammen gerechnet etwa 200 Millionen Euro Mehreinnahmen jährlich bedeuten. So richtig ernst wird es dann ab 2015, also nach den nächsten Bundestagswahlen. Dann

## Schöne Bescherung

Stadtwerke erhöhen die Gebühren  
- Kolumne von Alfredo Förster -



hielten jüngst von den StWB die Mitteilung, dass die Preise für Gas um 7 % und für Strom um 6 % angehoben werden. Ein Blick in die Homepage von [www.verivox.de](http://www.verivox.de) oder anderer Preisportale genügt, um das mulmige Gefühl des mündigen StWB-Kunden zu verstärken.

ZWEI ENTHALTUNGEN HÄTTEN GENÜGT

Es war einmal vor langer, langer Zeit, könnte man meinen. Aber eigentlich war es erst am 29. April vorigen Jahres, als die Stadtverordnetenversammlung auf Drängen der SPD beschloss, dass sich der Aufsichtsrat der Stadtwerke (StWB) dafür einsetzen soll, dass die Strom- und Gaspreise der StWB entsprechend der aktuellen Ölpreisentwicklung gesenkt werden. Man kann den Beschluss 217/2009 im Amtsblatt nachlesen. Als Fraktionsvorsitzender der LINKEN und seit 2003 auch Mitglied im Aufsichtsrat der Stadtwerke war dieses Anliegen für mich eine Selbstverständlichkeit. Geschehen ist jedoch das Gegenteil. Die Bürgerinnen und Bürger er-

Pikant an den jüngsten Preiserhöhungen ist nicht nur, dass sie dem SVV-Beschluss von 2009 zuwiderlaufen, sondern auch, dass offensichtlich namhafte SVV-Mitglieder für die Erhöhung gestimmt haben. Denn die abschließende Entscheidung über vorgeschlagene Tarifänderungen liegt laut §9 des Gesellschaftervertrags beim Aufsichtsrat und dem gehören neben der Aufsichtsratsvorsitzenden Frau Dr. Thiemann (CDU) auch die Herren Langerwisch (SPD) und Dietrich (BPG) an. Vorgeschrieben ist, dass 8 der 9 Aufsichtsratsmitglieder für so eine Preiserhöhung stimmen müssen, ...weiter Seite 2

Wir wünschen Ihnen ein besinnliches  
Weihnachtsfest und einen guten  
Start in das Jahr 2011!



Die Redaktion  
der Havelbrandung

BÜCHERGUTSCHEINE GEWINNEN!  
Preisrätsel Seite 8

# Programmdebatte jetzt!

Eindrücke vom Programmkonvent der LINKEN in Hannover



DIE LINKE debattiert den Programmentwurf und schärft ihr Profil

Wann ist es Zeit für eine Partei, über ihr Programm zu debattieren? Diese Frage wurde Anfang November eindeutig und einmütig beantwortet: Jetzt! Die LINKE braucht und verlangt diese Diskussion, auch um ihrer selbst willen, so die Botschaft aus Hannover, wo der Programmkonvent der LINKEN über die Bühne ging - und die von vielen erwarteten oder herbeigeredeten tiefen Gräben

haben sich weder zwischen den Reden von Klaus Ernst und Gesine Löttsch, Lothar Bisky und Oscar Lafontaine aufgetan, noch zwischen den Beiträgen der übrigen Beteiligten.

**IMPULSREFERATE,  
DISKUSSIONSBEITRÄGE UND FOREN**

Die Vorsitzende Löttsch verdeutlichte zu Beginn des Konvents ihren „Eindruck,

dass wir eine große Übereinstimmung in vielen Fragen haben und dass wir uns zu den restlichen 5 - 10 % so verständigen werden, dass wir im nächsten Jahr mit großer, großer Mehrheit dieses Programm beschließen können.“ Anstatt sich also gegenseitig anzugehen, diskutierten die über 900 Mitwirkenden zwar kontrovers, aber auch sehr konstruktiv und ideenreich den bisherigen Programmentwurf. Als „Appetitanreger“ vor der Mittagspause veranstaltete man eine Podiumsdiskussion, unter anderem mit Katja Kipping, Sahra Wagenknecht, Ralf Krämer und Matthias Höhn, die grundlegende Positionierungen zum Programmentwurf herausstellten. Tiefergehende Diskussionen zu einzelnen Teilen des Programms fanden dann in acht speziellen Foren statt. So wurde in einem Forum über linke Vorstellungen zur Eigentums- und Wirtschafts-

ordnung diskutiert, während in anderen Foren beispielsweise die notwendige Demokratisierung der Gesellschaft erörtert wurde oder das Leben und Arbeiten im 21. Jahrhundert. Dabei wurden in mehreren Impulsreferaten Arbeitsthesen vorgestellt, die Anlass gaben, sich im weiteren Verlauf intensiv über Für und Wider der verschiedenen Gesellschaftsvorstellungen auszutauschen. In allen Diskussionsforen wie auch im großen Saal herrschte eine aufgeschlossene und freundschaftlich-streitbare Atmosphäre.

**DIE EIGENTUMSFRAGE ALS  
KERNFRAGE LINKER POLITIK**

Das wichtigste inhaltliche Ergebnis des Programmkonvents ist wahrscheinlich, dass sich als Kernfrage LINKER POLITIK die Eigentumsfrage herauskristallisierte. Dazu stellte Klaus Ernst fest, dass

diese Frage weitere Fragen nach sich zieht und in den Mittelpunkt rückt: Es geht um Fragen der Verteilung, der Gerechtigkeit, des Friedens und der Demokratie. Hier werden von den LINKEN lebensstaugliche Antworten erwartet. Um mit einem Zitat aus der Rede von Klaus Ernst zu schließen: „Inhaltliche Debatten haben Linken noch nie geschadet, wenn klar war, dass wir miteinander um die besten Lösungen für die Menschen streiten.“

Fazit: Der Programmentwurf wird in seinen Grundpositionen von einer übergroßen Mehrheit der Mitglieder geteilt. Es kommt jetzt darauf an, den Entwurf solidarisch und konstruktiv weiter anzureichern. Die besten Ideen sind gerade gut genug! Wünschen wir einander auch weiterhin eine so anregende und inhaltsreiche Arbeit am Programm.

D. Förster und L. Krakau

## Inhalt 4/2010

- Seite 1**  
**Blauer Dunst**  
Kleinvieh mach auch Mist  
**Die Kolumne**  
Von Alfredo Förster
- Seite 2**  
**Programmkonvent**  
Debatten jetzt!  
**Kummer mit den Alten**
- Seite 3**  
**Ehrenamtskarte**  
...unendliche Geschichte  
**Spielplanänderung**  
Glosse
- Seite 4**  
**Streichorchester**  
Harte Einschnitte
- Seite 5**  
**Kultur in Brandenburg**  
Nicht alle meinen das Gleiche
- Seite 6**  
**Vollversammlung LINKE**  
Eine Nachlese  
**Klasse Medizin**  
... oder Klassenmedizin?
- Seite 7**  
**Porträt** René Kretschmar  
**Bundeswehr** abschaffen  
**Regionalkonferenz**  
Bürgernah
- Seite 8**  
**Sozial schwach?**  
Ein Kommentar  
**Termine** Januar, Februar 2011  
**Rätsel**  
Büchergutscheine gewinnen!  
**Impressum**  
**Werbung**

## Kummer mit den Alten

In der MAZ vom 27./28.11. 2010 befasste sich ein Artikel mit der jüngsten Sitzung der Enquete-Kommission in Potsdam. Er verwies auf die Schwierigkeiten bei der Geschichtsaufarbeitung. Dabei kam der Historiker Christian Meier zu folgender Erkenntnis: „Wenn einige alte Menschen nicht mehr da sind, wird die Aufarbeitung der DDR-Geschichte leichter.“ Ist doch seltsam: Anderswo sucht man händeringend nach Zeitzeugen und hier will man sie lieber weg haben. Nun räumen selbst konservative Geschichtswissenschaftler ein, dass ihre Erkenntnisse nicht unabhängig davon sind, wer im Lande die Meinungsführerschaft und Deutungshoheit besitzt. Am einfachsten lässt sich immer dann deuten, wenn man persönlich nicht dabei war. Wetten, dass Herr Meier nicht nur nicht zu den Alten gehört, sondern sich auch der westdeutschen Meinungsführerschaft verpflichtet fühlt? So gesehen ist seine Äußerung verräterisch: Da wagen es doch tatsächlich Menschen, vielleicht sogar

Mehrheiten ganzer DDR-Generationen, an dem von Seinesgleichen kreierte DDR-Bild Korrekturen vornehmen zu wollen. Man kann diese Korrekturwünsche, wie der Theologe Richard Schröder, eine „gewaltige Selbsttäuschung“ nennen, man kann aber auch fragen: Ist Selbsttäuschung eine Krankheit, die nur verbohrt DDR-Rentner überfällt, oder kommt sie nicht in allen Altersgruppen und Himmelsrichtungen vor? Der Artikel räumt übrigens auch ein, dass die Bundesrepublik nach der politischen Wende in der DDR mit viel Hochmut an die Problematik der Wiedervereinigung herangegangen sei. Hochmut verletzt den Stolz und die Würde derer, denen er entgegengebracht wird. Und manche Verletzungen sind offenbar nach Meinung der Historiker so tief, dass der besagte Artikel in banger Vorahnung die Überschrift trägt „Ost-West-Versöhnung erst in 20 Jahren“. Bis dahin wünsche ich nicht nur der älteren Generation ein schönes und erfülltes Leben. *O. Mehlhase*

## Schöne Bescherung Teil 2

**Stadtwerke erhöhen die Gebühren  
- Kolumne von Alfredo Förster -**

.....Fortsetzung von Seite 1  
damit sie umgesetzt werden kann. Es hätten also bereits zwei (!) Gegenstimmen oder Enthaltungen genügt, um die Preispolitik der Geschäftsführung durchfallen zu lassen.

**VERSPROCHEN - GEBROCHEN**

Was macht die CDU? Wessen Interessen vertritt die SPD? Die SPD hatte noch zur Kommunalwahl 2008 mit großem Tamtam gleich auf der Seite 1 des Wahlprogramms eine Senkung der Abwasser- und Energiepreise gefordert. Aber sie versprach ja damals auch, die Straßenbahnhaltestelle kundenfreundlich direkt vor den Hauptbahnhof verlegen zu lassen und hat sich anschließend anders entschieden. Zu bezweifeln ist, dass die vorweihnachtliche „Bescherung“ höherer Energiepreise wirklich un-

umgänglich war. Zumal die Stadt Brandenburg mit 51% Mehrheitseigentümerin an den Stadtwerken ist und damit in ganz besonderer Weise den Interessen ihrer Bürger verpflichtet.

**EIN ZWEIFELHAFTES GESCHENK**

Ich selbst hätte für einen Verzicht auf die Strompreiserhöhung auch gern mein Bonusheft wieder zurückgegeben, das mir und allen anderen treuen Kunden erst kürzlich zum 15-jährigen Jubiläum der Stadtwerke zugesandt wurde - ein „Geschenk“, das ich über die Gebührenerhöhung doppelt und dreifach zurückzahlen muss. „Schauen Sie gleich nach, welche Gutscheine-Überraschungen auf Sie warten“, stand in dem kleinen Heft. Nun weiß ich es.  
*A. Förster*



# Die Ehrenamtskarte

## Eine fast unendliche Geschichte

Die Idee, in Brandenburg an der Havel eine Karte für Ehrenamtler einzuführen, ist schon vier Jahre alt. Die damalige Vorsitzende des Stadtverbandes der PDS, Silvia Hauffe, stellte diese Idee auf einer Gesamtmitgliederversammlung vor. Dabei wurde klar, dass man in anderen Bundesländern schon einen Schritt weiter war.

### NICHT WIRKLICH GEWOLLT

Die Ehrenamtskarte sollte dazu dienen, ehrenamtliches Engagement zu dokumentieren und zu würdigen. Wie genau diese Würdigung aussehen konnte, sollte in einem öffentlichen Diskussionsprozess geklärt werden. Die PDS-Fraktion brachte das Thema 2007 in die Stadtverordnetenversammlung (SVV)

ein. Es verging einige Zeit, bis eine Arbeitsgruppe gebildet wurde, die Kriterien für die Inanspruchnahme einer solchen Karte erarbeiten sollte. Die Arbeitsgruppe wurde von der damaligen Sozialbeigeordneten geleitet und bestand aus Vertretern von Vereinen, Sozial- und Wohlfahrtsverbänden, von Beiräten und der Stadtverwaltung, später kamen Vertreter der Wirtschaft hinzu.

Ich selbst war als Vorsitzende des Behindertenbeirates der Stadt dabei. Fast ein Jahr lang wurde debattiert und gestritten. Zum Beispiel über die Frage, ob man Ehrenamtler ermäßigte Eintritts- oder Fahrpreise gewähren könnte, etwa für Volkshochschulkurse oder das Marienbad oder für den öffentlichen Nahverkehr. Am Ende konn-

te man sich nur auf einige recht vage Kriterien verständigen, konkrete Maßnahmen wurden nicht beschlossen. Nicht nur ich hatte von Beginn an den Eindruck, dass diese Ehrenamtskarte von einigen Verantwortlichen der Stadtverwaltung wie auch der Wirtschaft nicht gewollt war. Nachdem feststand, dass es keinerlei Beteiligung der Wirtschaft geben würde, wurde das ganze Projekt auf Eis gelegt und drohte gänzlich zu scheitern.

### EIN ERNEUTER ANLAUF

Nur auf Initiative der LINKEN wurde die Einführung der Ehrenamtskarte wieder in den Fokus der Öffentlichkeit gebracht. Im Frühjahr 2010 gab es seitens der Fraktion einen Antrag an die SVV, der auf

die 2007 erarbeiteten Richtlinien und Voraussetzungen Bezug nahm. Der Sinn dieser Karte sollte nach wie vor darin bestehen, Ehrenamtler, die das 14. Lebensjahr vollendet haben und mindestens 200 Stunden im Jahr für das Gemeinwohl tätig sind, zu würdigen und ihnen, wenn möglich, auch eine gewisse finanzielle Anerkennung zu gewähren. Dies betraf in Brandenburg etwa 2000 Personen, deren Tätigkeit z.B. in Sportvereinen oder im Sozialbereich wahrlich unbezahlbar und für den Zusammenhalt in dieser Gesellschaft unverzichtbar ist.

Offenbar haben viele politisch Verantwortliche den Wert des Ehrenamtes noch nicht begriffen. Wie sonst lässt sich erklären, dass es

noch bis September 2010 dauern musste, bis die Ehrenamtskarte, wenn auch in sehr abgeschwächter Form, von der SVV nach zäher Diskussion beschlossen wurde. Es ist mir nur allzu verständlich, dass sich bei dieser Art von Ehrenamtskarte so manch ein Anwärter veralbert fühlt.

Zum Beispiel kommt eine der wenigen konkreten Maßnahmen, nämlich das Erlassen der Parkgebühren, bei vielen Ehrenamtler gar nicht an, weil sie sich umweltfreundlich verhalten und lieber die öffentlichen Verkehrsmittel nutzen. Und trotzdem ist die billige Ehrenamtskarte ein Anfang, den man ausbauen kann und muss, um Ehrenamtler die notwendige Wertschätzung zu zeigen.

K. Huch

# Spielplanänderung 2011?

## Achtung, Glosse!



Eine Spielstätte der besonderen Art

Sieben Jahre lang hatte Oberspielmeisterin Dietlind vor und hinter den Kulissen der Brandenburger Bühnen die Fäden gesponnen, mit denen sie Getreue band, Wankelmütige umgarnte und Missliebige abschnürte – dies meist diskret und im Verborgenen. Wenn die Nebendarsteller auf den dünnen Stadt-Brettern nicht spurten, bewies sie ihr Geschick, deren vorzeitigen Abgang zulasten der Stadtkasse zu beschleunigen

– und schon war's aus mit dem ganzen Krompholz aus Langerwisch, das ihr nur den Weg zu vergappern suchte. Schließlich hatte sie quasi eigenhändig das Loch auf dem Neustadt Markt geschlossen, da würde sie doch mit anderen ...löchern leicht fertig werden.

Aber die Obermeisterin konnte auch liebevoll menscheln auf den städtischen Bühnen, sei es beim hundertsten Geburtstag von Oma Meier oder

der Eröffnung einer von den Rotariern gestifteten Dixi-Kloanlage. Die Kameras ihres Gatten waren immer gut positioniert, um auch kleinste Freudentränen medienwirksam in den Stadtkanal fließen zu lassen.

### BOULEVARDSTÜCKCHEN

Die monatlichen Spielverordneten-Versammlungen nahm Dietlind immer persönlich wahr, jedoch selten für voll,

und so blieben deren Beschlüsse oft ohne Einfluss auf ihren Spielplan. Irgendwie erinnerte manche Inszenierung an „...denn sie wissen nicht, was sie tun“, obwohl strittig blieb, wer denn wohl besser für die ruppigen Messer-Kampfszenen geeignet wäre, Brandt oder Scheller ... In den meist klamaukigen Boulevardstückchen konnte die Oberspielmeisterin immer auf ihren getreuen Pagen, den Walter, bauen. Dem war der Sprung auf die Potsdamer Bühne wiederholt misslungen, so dass er sich nun ganz auf seine angestammte Rolle als lokaler Polit-Terrier konzentrierte. Tatsächlich konnte er hier seine dritten Zähne noch am eindrucksvollsten in Szene setzen und zumindest bis in Wadenhöhe trefflich zubeißen.

### KOSTÜME UND REQUISITEN

So war die Oberspielmeisterin eigentlich rundum zufrieden und wünschte sich für 2011 entweder den langersehnten Karriereschub durch Mutti Merkel oder wenigstens doch ihre Wiederwahl ins gelobte

Amt ihrer Stadt. Aber, wer sollte sich ihr da auch in den Weg stellen?! Keinem würde die Amtskette so gut stehen wie ihr selbst, und sie war sich sicher: Der alles weglächelnde SPD-Ralf würde lieber in Holzschuhen zum Potsdamer Landtag laufen als in der Sänfte ins Altstädtische Rathaus getragen zu werden! An der Tracht eines linken Förster-Rocks wollte sie sich ihre vergoldete Amtskette schon gar nicht vorstellen, eher noch würde sie diese einfach verscherbeln!

Auch darin hatte die Bürdenmeisterin einige Erfahrung, schließlich hatte sie die Zeichen der Zeit frühzeitig erkannt und in ihren Amtsjahren das wenige städtische Gold in stattliche Kredite verwandelt, die ihr Reich prächtig erblühen ließen zu Füßen eines hohen Schuldenberges, von dem aus man eine herrliche Sicht hatte auf die erleuchtete Stadt und ihre vielen kleinen Schuldbürger, denen sie eine gesegnete Weihnacht wünschte ... – dann: Träne und Kamera aus!

A. Laß

# Das schwarz-gelbe Streichorchester

Harte Einschnitte in der Sozialgesetzgebung - wenig Gutes, viel Negatives

Ab dem 1. Januar 2011 gelten vor allem auch in der Sozialgesetzgebung neue Regeln. Die härtesten Einschnitte wird es zum wiederholten Male für jene geben, die nicht auf der Sonnenseite des Lebens stehen: sozial Schwache mit ihren Familien, Alleinerziehende, Kranke, Rentner und Arbeitnehmer mit geringem Einkommen. Die wenigen positiven Änderungen wirken neben den Verschlechterungen wie eine Farce.

**POSITIV ZU VERMERKEN IST,** dass die Zahlungslücke bei Aufnahme einer Ausbildung und beim Übergang in die Altersrente zum Teil geschlossen wird. Geplant ist, dass ALG-II-Leistungen für den ersten Monat als Darlehen erbracht werden können. Neu und ebenfalls positiv ist die Regel, dass Anträge nun immer auf den 1. des Monats, in dem der Antrag gestellt

wird, zurückwirken. 20 Euro mehr können Leistungsbe-rechtigte behalten, die einer Erwerbstätigkeit nachgehen. Neu aufgenommen wurde der Anspruch auf orthopädische Schuhe und therapeutische Hilfsmittel. Diese müssen ge-sondert beantragt werden.

Und nun zu den negativen Auswirkungen: Der Beitrag zu den Krankenkassen steigt von 14,9 % auf 15,5 %. Nicht angetastet wird dagegen das Problem, dass es viel zu viele Krankenkassen gibt, die damit viel zu hohe Kosten verursachen. Nicht diskutiert wird die Frage, warum manche Bürger von der Pflicht entbunden sind, in eine Krankenkasse einzuzahlen, und warum sich die privat Versicherten der allgemeinen Solidaritätspflicht, auf der das System der Krankenversicherung ja beruht, entziehen können.



Im Bereich des SGB II sind deutliche Verschlechterungen bei Leistungen und Rechten geplant. Ob die Änderung des Namens von „Hilfebedürftige/r“ in „Leistungsberechtigte/r“ daran etwas ändert, muss bezweifelt werden. Hier einige Details, die für sich sprechen:

- Der Rentenkasse gehen Millionen Einnahmen verloren durch die Streichung des Rentenbeitrags von 40 Euro für ALG-II-Bezieher/innen.
- Der befristete Zuschlag nach dem Bezug von ALG I, den es für maximal zwei Jahre gab, fällt weg.
- Das Elterngeld wird zu 100 % auf die Leistungen angerechnet. Das war vorher nicht der Fall, es stand den Familien zur Verfügung - nun steht es nur noch auf dem Papier.
- **Deutlich verschärft wurden auch die Strafen:**  
Es reicht künftig aus, dem ALG-II-Empfänger zu unterstellen, er kenne die Folgen bei einem Pflichtverstoß gegen die Eingliederungsvereinbarung, um ihm die Geldleistung zu kürzen, ggf. bis auf Null. Vor der Neuregelung im SGB II mussten Leistungsbezieher/innen schriftlich konkret zu einzelnen Pflichten belehrt worden sein.
- Verändert haben sich auch die Konditionen der Aufrechnung von Darlehen für dringend notwendige Anschaffungen: Generell beträgt die Aufrechnung nun 10 % der Regelleistung (vorher „bis zu 10 %“). Die Betroffenen müssen also mindestens 35 € monatlich an die Arge/Jobcenter zurückzahlen.
- **Aufwandsentschädigungen für ehrenamtliches und bürgerschaftliches Engagement wie z.B. Tätigkeiten als Übungsleiter, Betreuer oder Stadtverordnete sollen zu 100 % angerechnet werden. Auch Tagesmütter und -väter sind von der Anrechnung ihrer Einnahmen betroffen. Bisher wurde Einkommen in Höhe des jeweiligen Steuerfreibetrages nicht angerechnet.**
- Erstausrüstung (Schwangerschaft, Wohnung) und Bildungsleistung müssen gesondert beantragt werden. Vor der Neu-

regelung waren diese Bedarfe schon vom Grundantrag umfasst.

- **Leistungsberechtigte werden verpflichtet, aus der Regelleistung Beträge für unregelmäßige Bedarfe anzusparen.** Was genau darunter zu verstehen ist, bleibt abzuwarten. Hierzu ein Beispiel: Angenommen, eine neue Waschmaschine ist nötig. Laut dem alten Regelsatz sind dafür monatlich 1,58 € vorgesehen. Man muss also einige Jahre sparen, um eine mittelmäßige, gebrauchte, stromfressende Waschmaschine kaufen zu können. Klar ist auch hier, dass dies auf einen Verfassungsverstoß hinausläuft, denn Ansparungen aus der Regelleistung mindern das Existenzminimum und sind somit nicht zulässig.
- Für die Unterkunft wurden bisher die tatsächlichen Kosten übernommen, soweit sie als angemessen laut den jeweiligen Richtlinien der Kommunen und Landkreise galten. Stattdessen soll es nun Pauschalen geben. Auch hier ist die Verfassungswidrigkeit vorprogrammiert.
- Die Regelbedarfe sollen künftig zum 1. Januar des Jahres angepasst werden. Danach ist mit einer eventuellen Erhöhung erstmalig zum 01.01.2012 zu rechnen.
- Auch die Konditionen für Überprüfungsanträge (§ 44 SGB X), wenn der Verdacht besteht, dass Leistungen falsch berechnet wurden, haben sich verschlechtert. Nach der alten Regelung konnten Betroffene, wenn die Widerspruchsfrist von einem Monat abgelaufen war, einen Überprüfungsantrag stellen und die vorenthaltene oder falsch berechnete Leistung für maximal 4 Jahre nachfordern. Nach neuem Recht ist das nur noch für ein Jahr möglich.

Viele weitere Änderungen im SGB II, die hier nicht genannt wurden, können auf Nachfrage in einem Gespräch erläutert werden. Insgesamt bleibt abzuwarten, wie und in welcher Zeit diese komplexen Änderungen von den Jobcentern umgesetzt werden.

Mehr Informationen und Hilfe erhalten Sie unter [hartz4@dielinke-stadt-brb.de](mailto:hartz4@dielinke-stadt-brb.de). P. Zimmermann



# Wie weiter mit der Kultur in Brandenburg?

Nicht alle meinen das Gleiche, wenn sie von Kultur in Brandenburg an der Havel sprechen



Totgesagte leben länger - das Haus der Offiziere (HdO) - eine Jugendeinrichtung mit Alleinstellungsmerkmal in und um Brandenburg an der Havel

Das Thema Kultur ist immer für eine Diskussion gut, denn die Meinungen dazu gehen naturgemäß weit auseinander. Auch die Volksvertreter der Stadt Brandenburg sparten in der Vergangenheit nicht mit unterschiedlichen Statements.

## KULTUR ALS CHEFSACHE?

In ihrem „Zukunftsplan 2008 bis 2013“ versprach die CDU, die Stadt „zum Kultur- und Kunstzentrum der Region zu entwickeln“. Diese Rolle hatte Brandenburg übrigens schon einmal inne; lang, lang ist's her. Die Kulturarbeit, so die CDU weiter, müsse zur „Chefsache der Oberbürgermeisterin“ werden, unterstützt von einem Kulturmanager in deren Stabsbereich; Kultur müsse ferner „als Querschnittsaufgabe in der Struktur der Verwaltung“ verankert werden. Nun hatte die OB als Frau vom Bau ja eigentlich nie einen Zweifel daran gelassen, dass das Bauen ihre liebste Chefsache ist. Kaum vorstellbar, dass sie sich mit gleicher Vehemenz der Kultur widmen konnte – sie tat es auch nicht. Und ihr Kulturmanager durfte zwar diverse Einzelmaßnahmen managen, sein Einfluss auf ein eventuelles Gesamtkonzept war aber, so scheint

es, nie wirklich gefragt. Das bestätigen auch die jüngsten Maßnahmen zum Verwaltungsumbau. Und apropos Querschnittsaufgabe: Das Problematische an solchen Aufgaben ist, dass sie leicht im Getriebe der verschiedenen Ressorts zerrieben werden – wie auch geschehen.

## WO IST DIE SCHALTSTELLE?

Die SPD betonte in ihrem Wahlprogramm von 2008, dass es „einer klaren Struktur der Kulturverwaltung“ bedürfe; außerdem müsse endlich ein Kulturentwicklungsplan her. Konkreter wurde die LINKE: Sie forderte „die Wiederherstellung des Kulturamtes“ als „integrierende Schaltstelle des Kulturlebens der Stadt und als strategischen Impulsgeber“. Leider machte die LINKE bei der Realisierung ihrer Vorstellungen zur Kultur in den letzten Jahren keine glückliche Figur. Jeder wusste, dass die inzwischen abgedankte Kulturbeigeordnete eine Kompromisskandidatin war, die als Verwaltungsfachfrau nicht eben vor kreativer Energie und Kunstverständnis sprühte. Zwar waren die LINKEN im Kulturausschuss immer zahlreich und wortreich präsent (während die CDU-Vertreter meist durch Abwesenheit glänz-

ten), aber die Möglichkeiten, in diesem Gremium Einfluss auf die Kulturentwicklung zu nehmen, hielten sich in engen Grenzen, weil der Ausschuss nicht ernsthaft in die Entscheidungsprozesse involviert wurde und sich



Bald nur noch überdimensioniertes Kulturhaus statt Theater?

permanent dagegen wehren musste, Anträge der Verwaltung nur noch abnicken zu sollen. Zum Beispiel bekam der Ausschuss den interessanten Entwurf einer Museumskonzeption, in dem u.a. vorgeschlagen wurde, das Wertgebäude an der Jahr-

tausendbrücke zu einer Ausstellungshalle weiterzuentwickeln, erst zu sehen, als das Gebäude schon an die StWB verkauft worden war. Ob es eher die Kulturbeigeordnete war, die da „demokratischen Zentralismus“ praktiziert hatte, oder eher die Oberbürgermeisterin, sei dahingestellt.

## WELCHE ROLLE SPIELT DIE KULTURKONZEPTION?

Mittlerweile gibt es eine Kulturkonzeption. Auf 499 Seiten hat ein Forscherteam der FH Potsdam die Kulturszene der Stadt Brandenburg unter die Lupe genommen und Handlungsempfehlungen erarbeitet. Ohne den zweibändigen Wälzer hier ausführlich würdigen zu können, sei doch so viel gesagt: Die Autoren bescheinigen der Stadt ein reichhaltiges, aber optimierungsbedürftiges Kulturangebot. So wird eingeschätzt, dass die einzelnen Kulturanbieter sich häufig eher als Konkurrenzunternehmen definieren, anstatt im Miteinander die Kräfte zu bündeln. Auch sei man an

demografischen Wandel und den Bedürfnissen einer veränderten Jugendkultur-Szene gezogen. Nicht zu überlesen ist die Kritik an konzeptionellen Fehlleistungen des Heimatmuseums und des Stadttheaters, während so manchem Vertreter der freien Kunstszene bescheinigt wird, mit vergleichsweise wenig Geld kulturelle Achtungserfolge erzielt zu haben.

## NOCH EIN NEUES GREMIUM?

Was macht nun die Stadtverwaltung mit diesen Erkenntnissen? Sie formuliert eine Beschlussvorlage nach dem Motto: „Wenn man nicht mehr weiter weiß, gründet man ein' Arbeitskreis.“ Ein 17 Personen starker „Kulturrat“ soll den Kulturausschuss beraten. Aber existiert ein solcher Rat nicht längst? Doch, er nennt sich allerdings „Kulturbeirat“ und ist ein freiwilliger Zusammenschluss von Kulturschaffenden. Die haben natürlich ihre Eigeninteressen, was den Kulturausschuss aber kürzlich nicht davon abhielt, der Sprecherin des Beirats

vielen Stellen allzu blauäugig auf Kommerz und Tourismus fixiert und orientiere sich an vermeintlichen Erwartungen der Havelstädter, ohne diese Erwartungen tatsächlich ermittelt zu haben. Bislang habe man bestenfalls punktuell Konsequenzen aus dem

ständiges Rederecht im Ausschuss einzuräumen, mit der Begründung, lieber etablierte Gremien zu stärken als voreilig neue zu erfinden. Bleibt zu hoffen, dass die Mehrheit der Stadtverordneten auch dieser Meinung ist...

H. Hauffe, U. Sändig



# Kam Klaus Ernst glaubhaft rüber und konnte Alfredo Förster überzeugen?

Vollversammlung der LINKEN am 23. Oktober im Rathausaal – eine Nachlese

Schwer zu sagen, ob die Genossen an diesem Sonnabendvormittag eher gekommen waren, um der Parteiprominenz in Gestalt von Klaus Ernst und Thomas Nord auf den Zahn zu fühlen, oder ob sie die Auftaktrede zur Kandidatur von Alfredo Förster für das Amt des Oberbürgermeisters hören wollten.

## DIE JUNGEN MISCHTEN DEN LADEN AUF

Jedenfalls war die Hälfte der etwa 200 Brandenburger LINKEN ins Rathaus gekommen, darunter auffällig viele junge Mitglieder, die mit unkonventionellen Aktionen auf sich aufmerksam machten. Übrigens konnten auch drei jugendliche Neumitglieder begrüßt werden.

## KLAUS ERNST ALS VOLKSTRIEBUN

Klaus Ernst widmete sich vor allem Fragen der Verteilungs- und Steuergerechtigkeit: „Der Anteil der Löhne und Gehälter am Volkseinkommen ist kontinuierlich gesunken, die Steuerlast für mittlere und niedrige Einkommen gestiegen, die Solidarität im Sinne einer gleichmäßigen Lastenverteilung ist längst aufgekündigt.“ Die Angst vor Hartz IV habe die Akzeptanz von Niedriglöhnen erhöht, hinzu kommen die Lohndrücker-Effekte von Leiharbeit. Das Instrument der Befristung werde schamlos missbraucht und ganze Berufszweige in den Sektor prekärer Beschäftigungen abgedrängt. Diese Politik des Teile-und-Herrsche habe nicht zuletzt auch eine Schwächung der Gewerkschaften bewirkt. Klaus Ernst sprach sich gegen die Rente mit 67 aus und knüpfte deren Rücknahme an drei Forderungen: Lohnerhöhungen gemäß dem gewachsenen Volkseinkommen, eine Gleichbehandlung aller Beschäftigten beim Einzahlen in die Rentenversicherung und eine Begrenzung der Möglichkeiten zur privaten Krankenversicherung. Diese dürfe nicht länger als Son-



Die Chemie stimmt – LINKEN-Vorsitzender Klaus Ernst und Alfredo Förster mögen beide Weissbier

derweg für junge (gesunde), zahlungskräftige Beschäftigte angeboten werden, die sich damit aus der Solidargemeinschaft der gesetzlich Krankenversicherten verabschiedeten, sondern müsse eine Zusatzoption sein: „Wer seine stationäre Behandlung unbedingt im Einzelzimmer mit Chefarztvisite und Blick auf einen alpinen Berggipfel erleben will, kann ja gern zusätzlich eine Privatversicherung abschließen.“ Freundlicher Beifall für den redegewandten Volkstribun – und ein spontan organisiertes Glas Weißbier dazu.

## NACH WIE VOR BAUCHSCHMERZEN WEGEN LINKER REGIERUNGSBETEILIGUNG

Neben Thomas Nord, Landesvorsitzender der LINKEN, sprach Dr. Andreas Bernig (MdL). Nord stellte seinen Beitrag unter das Motto: „Was muss getan werden, damit alle Brandenburger an der gewachsenen Schönheit unseres Bundeslandes teilhaben können?“ Bernig erläuterte die Polizeistrukturreform (siehe Herbstausgabe der „Havelbrandung“, S. 3) und verwahrte sich gegen Vorwürfe, die LINKE hätte ihre diesbezüglichen Wahlversprechen gebrochen. Die anschließende Diskussion zeigte vor allem, dass sich viele Genossen um die Folgen der Regierungsbeteiligung der LINKEN Gedanken machen. Dass die LINKEN bei manchem Kompromiss, gar einer Abstimmungsnieder-

lage, in die sprichwörtliche Position des „Mitgegangen – Mitgefangen – Mitgehangen“ kommen, behagt vielen Mitgliedern der Basis nicht, ist aber bei den derzeitigen Kräfteverhältnissen unvermeidlich.

## ALFREDO FÖRSTER WILL AUF „ZUHÖRTOUR“ GEHEN

Was die Medien-Spatzen längst von den Dächern pfffen, wurde an diesem Tag offiziell bestätigt: Alfredo Förster tritt als Kandidat für das Oberbürgermeisteramt an. Nun ist der Mann auch unter seinen Genossen keine unumstrittene Figur, liebt er doch die scharfe Kontroverse und schießt dabei auch gern mal über das Ziel hinaus. Aber was er am 23.10. vortrug, fand die einmütige Zustimmung der Anwesenden. Förster führte aus, dass er in enger Abstimmung mit der Basis und auf „Zuhörtour“ durch alle Stadtbezirke/Bevölkerungsgruppen in den nächsten Monaten Leitgedanken für die künftige Kommunalpolitik entwickeln wolle. Dabei sollten ihn die Prinzipien „Verantwortungsbewusstsein und Augenmaß“ leiten. Erste Vorstellungen bezogen sich auf die Kulturentwicklung, auf die Aufhebung der Benachteiligung innerstadtferner Stadtteile, insbesondere Hohenstückens, auf eine gerechte Teilhabe der Kommune an den Gewinnen der Kommunalunternehmen und auf die Stärkung des Ehrenamtes. Was die Kultur

betrifft, so hatte Alfredo Förster den zweibändigen Wälzer mit Namen „Kulturentwicklungskonzeption für die Stadt Brandenburg an der Havel“, der seit einigen Wochen im Umlauf ist, offenbar nicht nur gründlich studiert, sondern bereits Konsequenzen abgeleitet:

mehr bürgerschaftliche Mitbestimmung und Transparenz, besonders auch die Stärkung der freien Kulturszene. Alfredo Förster dürfte seiner endgültigen Nominierung, die im Frühjahr 2011 erfolgen soll, ein gutes Stück näher gekommen sein.  
U. Sändig

## Klasse Medizin..

...oder Klassenmedizin?

Die von der schwarz-gelben Regierung gegen den Widerstand der Opposition letztlich durchgeboxte Gesundheitsreform kommt den Versicherten teuer zu stehen. Er muss zusätzlich für das bundesdeutsche Gesundheitswesen ab 1.1.2011 weitere sechs Milliarden Euro pro Jahr hinblättern. Zum Beispiel wird die Krankenkassenabgabe von 14,9 auf immerhin 15,5 Prozent erhöht.

## KULANZ GEGENÜBER DER WIRTSCHAFT

Gegenüber der Wirtschaft ist die christlich-liberale Bundesregierung wesentlich kulanter!



Die Plastik vor dem Städtischen Klinikum scheint die finanziellen Anstrengungen der gesetzlich Versicherten zu symbolisieren

Sie hat Verständnis für deren sicher nicht ganz fromme Wünsche. Die Beteiligung der Wirtschaft an der Steigerung der Gesundheitsausgaben wurde bei 7,3 Prozent festgenagelt. Sie braucht, im Gegensatz zum Otto Normalbürger, nicht zu befürchten, in Zukunft vielleicht doch noch mehr zahlen zu müssen. Dafür muss der brave Steuerzahler mit einer nach oben

offenen Richterskala leben, sprich: Seine Zusatzbeiträge zur Krankenversicherung sind quasi unbegrenzt steigerbar. Bedürftigen wird zwar zugestanden, dass sie nicht mehr als zwei Prozent zusätzlich zahlen müssen, aber das heißt, sich vor den Behörden „nackig zu machen“. Und wer hat schon Lust dazu?

## DREIKLASSENMEDIZIN

Experten meinen übrigens, dass durch die Einführung der Zusatzbeiträge die gefürchtete Kopfpauschale durch die Hintertür doch noch wirksam wird. Zum anderen zeichnet sich für die Zukunft nicht nur eine Zweiklassen-, sondern eine Dreiklassenmedizin ab. In der ersten Klasse tummeln sich die reinen Privatpatienten, die dafür belohnt werden, dass sie das allgemeine Solidaritätsprinzip unterlaufen haben. In der zweiten Klasse sind all jene, die genügend finanziellen Spielraum haben, um beim Arztbesuch in Vorkasse gehen zu können und hinterher mit ihrer Krankenkasse abzurechnen. In der dritten Klasse drängen sich die gesetzlich Versicherten und warten darauf, dass ein Facharzt irgendwann für sie Zeit hat. Altmodische Zeitgenossen könnten glatt auf die Idee kommen, dass da ein Klassenkampf droht. Neoliberaler Menschen schwören dagegen auf den Charme der bundesdeutschen Freiheit – und sei es der Ellenbogenfreiheit.  
W. Weise

## Porträt

# René Kretzschmar

Mit 31 Jahren ist René das jüngste Mitglied in der Fraktion DIE LINKE im Stadtparlament. Seit vielen Jahren mischt er nun schon in der Kommunalpolitik mit. Er ist seit September 2008 der Vorsitzende des Finanzausschusses und Mitglied im Hauptausschuss, außerdem Vertreter der LINKEN im Zweckverband Bundesgartenschau sowie im Aufsichtsrat der Technischen Werke Brandenburg. Kreisvorsitzender des Stadtverbandes ist er ebenfalls. Mit René sprach Andreas Kutsche.

**HB:** Wo siehst du dich in 10 Jahren beruflich?

**R. Kretzschmar:** Allgemein gesehen - schon in Branden-

burg. Zumindest bis 2014. Die Chance, in den Landtag nachzurücken, besteht ja immer noch. Was nach 2014 sein wird - da ist alles offen. Ich würde sehr gern in Brandenburg bleiben, kann mir aber auch vorstellen, woanders in Deutschland zu leben, wenn es beruflich erforderlich sein sollte. Auch andere europäische Länder würden mich reizen, vor allem die südlichen, die warmen Gefilde.

**HB:** Und wo siehst du deine politischen Ziele?

**R. Kretzschmar:** Mein Ziel ist, eine starke politische LINKE in dieser Stadt weiter zu verankern. Es geht darum, Sympathisanten für unsere Arbeit und vielleicht auch als Mitglieder zu gewinnen. Ich möchte, dass es sozial gerechter zugeht. Dass die Stadt wirklich ein Leuchtturm für



die Region ist und dahin ausstrahlt.

**HB:** Was wünschst du dir von einem zukünftigen Oberbürgermeister?

**R. Kretzschmar:** Als erstes hoffe ich, dass unser Kandidat Alfredo Förster die Wahl im nächsten Jahr gewinnt. Er würde die Bürger mehr in politische Entscheidungs-

prozesse einbeziehen. Auch würde er es schaffen, die Stadt für Jüngere attraktiver zu gestalten. Mit „jung“ meine ich nicht nur Jugendliche, sondern auch junge, innovative Unternehmen. Es geht z.B. darum, Absolventen der Fachhochschule an unsere Stadt zu binden.

**HB:** Doch welcher Gestaltungsspielraum bleibt bei diesem großen Haushaltsloch?

**R. Kretzschmar:** Mehr Demokratie muss nicht zwangsläufig mehr Geld kosten. Vorstellen könnte ich mir, dass ein Teil des Haushaltes in einen Bürgerhaushalt überführt wird. Potsdam, Berlin-Lichtenberg und andere Kommunen sind da schon viel weiter.

**HB:** Du bist Finanzausschussvorsitzender. Wo liegt zukünftig dein Hauptschwerpunkt?

**R. Kretzschmar:** Ich setze mich dafür ein, dass die derzeit unbefriedigende Situation des städtischen Haushalts verbessert wird. Das Land und der Bund müssen sich mehr einbringen. Wenn Aufgaben auf die Kommunen als den Keimzellen gesellschaftlichen Zusammenlebens übertragen werden, müssen auch die finanziellen Mittel dafür bereitgestellt werden. Eine weitere Kürzung der freiwilligen Leistungen wird die Probleme des Haushaltsloches nicht lösen. Wenn es nach mir ginge, würde es zukünftig auch keine „dubiosen Geschäfte“ wie die ÖPP-Finanzierungen mehr geben. Sie führen nur dazu, dass die Schulden weiter wachsen.

*Die Redaktion bedankt sich für das Gespräch und wünscht alles Gute.*

## Bundeswehr abschaffen!

Gutenberg verstrickt sich mit seinen Plänen in Widersprüche

Nach dem Willen von Verteidigungsminister Carl Theodor zu Guttenberg soll die Bundeswehr schrumpfen und entsprechend weniger kosten; die Wehrpflicht soll ausgesetzt, aber nicht endgültig abgeschafft werden. Gleichzeitig wird betont, dass die Bundeswehr fit für Auslandseinsätze gemacht werden muss. Ich sehe da mehrere Widersprüche.

### EINE REINE VERTEIDIGUNGSARMEE?

Zum einen sagt mir ein Blick ins Grundgesetz, dass die Bundeswehr eine reine Verteidigungsarmee sein soll. Die Väter und Mütter des Grundgesetzes haben aus den Erfahrungen zweier Weltkriege die Lehre gezogen, dass von deutschem Boden NIE WIEDER ein Krieg ausgehen darf. Zu dieser Lehre passen die derzeitigen Einsätze der Bundeswehr in Afghanistan und vor Somalia ganz und gar nicht, obendrein sind sie nicht gerade ein Beitrag zum Sparprogramm. Das wird von der schwarz-gelben Regierung ebenso ignoriert wie zuvor von der rot-grünen. Doppelt gefährlich ist, dass rund 70 % der Bürgerinnen



Längst ist die Zeit der Rolandkaserne vorbei

und Bürger jegliche Kriegsbeteiligung der Bundeswehr ablehnen, ohne dass diese demokratische Mehrheit berücksichtigt wird.

### WER BEDROHT HIER WEN?

Zum anderen frage ich mich aus pazifistischer Überzeugung: Brauchen wir überhaupt eine Armee? Der Einsatz der Bundeswehr im Inneren ist laut Verfassung verboten; auch dies eine Konsequenz aus den bitteren historischen Erfahrungen des vergangenen Jahrhunderts. Der Einsatz von Militärgerät beim Castor oder in Heiligendamm war bereits eine Übertretung dieses Verbots und zeigt, wie ernst es die regierenden Christdemokraten mit solchen Verboten neh-

men. Auch ein Verteidigungsfall nach außen ist nicht in Sicht und wird hoffentlich nie eintreten. Mit Ausnahme der neutralen Schweiz grenzen an Deutschland nur Mitgliedsstaaten der Europäischen Union. Von denen geht keinerlei Gefahr aus. Auch im weiteren geostrategischen Umfeld gibt es keinen Machtfaktor mehr, der eine Bedrohung darstellt. Selbst Russland geht mit der NATO immer engere militärische Verflechtungen ein und fällt damit als Bedrohungskulisse aus. Und was die „Tigerstaaten“ in Südostasien betrifft, so haben sie ihre Armeen bereits abgeschafft, und das, obwohl die politischen Verhältnisse dort weniger stabil sind als in Europa. *Ch. Kühnl,*

*Linksjugend [solid]*

## Bürgernah

...in der MAZ gefunden

Vor kurzem fand im Brandenburger Theater eine Regionalkonferenz mit den LINKEN Landesministern für Wirtschaft, Justiz und Finanzen statt. Es war eine öffentliche Veranstaltung, die gut besucht war und bei der die Fragen der anwesenden Brandenburger aus meiner Sicht ausgiebig beantwortet wurden. Auch im Anschluss an den öffentlichen Teil hatte man noch die Möglichkeit, mit den Ministern in Kontakt zu treten. Mir war diese Art der Veranstaltung neu, denn ich kann mich nicht erinnern, dass Minister anderer Parteien so bürgernah ar-

beiten. Was mich allerdings wunderte, war die Ignoranz der anderen Fraktionen unserer Stadt, denn nach dem ständigen Genörgel an der rot-roten Regierungspolitik im Land hätten auch die Vertreter unserer Kommunalpolitik die Möglichkeit gehabt, kritische Fragen zu stellen - was sie aber nicht taten. Mir war die hochkarätige Beteiligung der Minister wichtig und nicht, ob sie Rot, Schwarz oder Grün vertreten. Ich halte diese Konferenz für eine gelungene Veranstaltung, die wiederholt werden sollte, um bürgernahe Politik zu demonstrieren. *M. Reichelt*

## Verseuchtes Wort demokratisch

Atom-Kern bundesdeutscher Selbstdarstellung  
Republik wäre demokratisch  
trotz Atom-Parteien  
radioaktiver Propaganda  
in vielen Medien  
Atomisierung sozialer Menschenwürde

Jürgen Riedel

(aus „Wortbilder VI“, erschienen in der edition fischer,  
ISBN 978-3-8301-0547-3)



# Was heißt „sozial schwach“?

Ein Kommentar: Was sagt das Lexikon



ARGE und Arbeitsagentur fast menschenleer - welche Utopie

Es gibt Begriffe, die kursieren so häufig und wohlfeil, dass man manchmal vergisst zu fragen: Was steckt eigentlich dahinter? „Sozial schwach“ ist so ein Begriff. Ein Blick ins Lexikon informiert darüber, dass „sozial“ verschiedene Bedeutungen hat. Zum einen kann es ganz neutral gemeint sein, also „die menschliche Gesellschaft betreffend“, zum anderen kann damit eine positive Wertung verbunden werden, also „auf das Allgemeinwohl bezogen, der Allgemeinheit nutzend“; diese

Wertung kann drittens noch gesteigert werden, dann ist „hilfsbereit, uneigennützig, wohlwollend“ gemeint. Daneben kann sich „sozial“ auch rein auf die gesellschaftliche Stellung eines Menschen beziehen. Und „schwach“? Kann „körperlich nicht kräftig“ bedeuten oder „charakterlich labil“, „von geringer Qualität oder Quantität“, „dürftig, unzulänglich“ oder „wenig leistungsfähig“. Was meinen wir also wirklich, wenn wir die beiden Wörter zu einem festen Begriff verbinden und sagen, jemand sei „sozial schwach“? Und meinen wir wirklich alle das Gleiche? Ein paar Fragen an den Begriff sollen das Problem verdeutlichen: Sind etwa Menschen gemeint, die aufgrund ihres geringen Könnens eine niedrige gesellschaftliche Stellung haben? Aber wie müsste man dann den weit verbreiteten Typ des hochbezahlten Nichtskönners bezeichnen oder andererseits den hochbegabten Querdenker ohne Job? Oder sind Menschen gemeint, die hilfsbereit und wohlwollend sind, aber im herrschenden gesellschaftlichen Bewusstsein nicht viel gelten? Zum Beispiel Menschen, mehrheitlich Frauen, die Pflegebedürftige aus der Familie

oder Nachbarschaft für einen feuchten Händedruck betreuen. Oder Kinderreiche oder Alleinerziehende, auf deren Sprösslinge die Gemeinschaft dringend als zukünftige Rentenbeschaffer angewiesen ist, ohne dies angemessen zu honorieren. Sind die vielen freiwilligen Helfer in vielen Bereichen gemeint, z. B. die Ehrenamtler, die immer mehr angeblich unbezahlbare, aber fürs Gemeinwohl unbedingt notwendige Arbeiten kostenlos übernehmen, während durchaus sinnfreie Tätigkeiten, so sie nur durch das Nadelöhr privatkapitalistischen Interesses passen, hoch bezahlt werden? Oder sind doch eher charakterlose Schlawiner gemeint, denen das Wohl der Allgemeinheit am A...rm vorbei geht? Man scheut sich ja fast, auf Bankmanager, Finanzhaie und andere Parasiten zu kommen und sie unumwunden als „sozial schwach“ zu bezeichnen: Kann denn, wer finanziell stark ist, gleichzeitig sozial schwach sein? Offenbar ja. Aber dann wäre mit „sozial schwach“ doch eigentlich „finanziell schwach“ gemeint! Und ob jemand finanziell schwach dasteht, hängt sicher gelegentlich auch mit seinen begrenzten Fähigkeiten, seiner mangelnden Willensstärke und seiner dürftigen intellektuellen Ausstattung zusammen – auch ich kenne einige unterbelichtete, kettenrauchende Alkoholiker, bei denen Hopfen und Malz verloren ist –, viel mehr aber spielen die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen und Umstände eine Rolle, in denen ein Mensch lebt.

U. Sändig

**HOTEL AM WALD**  
ELGERSBURG IM HERZEN THÜRINGENS

vom 22.12. bis 27.12.2010

**Weihnachtsüberraschung**

5 Übernachtungen mit Frühstück im komfortablen Hotelzimmer, weihnachtlicher Nachmittag mit Überraschungen, trad. Thüringer Weihnachtsessen, Feuerzangenbowle, ein festliches Mittagsgedeck, geselliger Abend mit Programm und dreiteiligem Wildmenü

Preis für 2 Personen im Doppelzimmer **499,-** Euro

Verlängerung des Aufenthaltes sowie Aufbettungen f. Kinder möglich. Buchbar ab sofort.  
Schmiedcker Straße 20 · 98716 Elgersburg  
Tel. 03677 79800 · www.hotel-am-wald.com

**IMPRESSUM:**

**HAVELbrandung** . Die linke Zeitung für Brandenburg an der Havel . Ausgabe 04/2010 . Herausgeber: DIE LINKE Brandenburg an der Havel . Altstädtischer Markt 2 . 14770 Brandenburg an der Havel. V.i.s.d.P. René Kretzschmar. E-Mail: redaktion@dielinke-brb.de . Die Veröffentlichungen müssen nicht mit der Meinung und dem Stil des Herausgebers bzw. der Redaktion übereinstimmen. Die Redaktion behält sich das Recht zur auszugewiesenen Wiedergabe von Zuschriften vor. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Bilder übernimmt die Redaktion keine Haftung.

**Druck:** LR Medienverlag und Druckerei GmbH . Straße der Jugend 54. 03050 Cottbus . Auflage: 10.000 Stück.

**Redaktionsleitung:** L. Krakau und A. Kutsche

**Redaktionsmitglieder:** W. Müller, P. Zimmermann, W. Weise, Dr. U. Sändig

**Bildnachweise:** Werner Müller/DIE LINKE (1|2|3|5|5|6|6|7|7|8), Andreas Kutsche/DIE LINKE (2), Foto Wildgrube (1), Karikatur: R. Alff (4), IsrafilSen@fotolia.com (1)

**Öffnungszeiten Geschäftsstelle DIE LINKE**  
Altstädtischer Markt 2 14770 Brandenburg an der Havel Montag bis Donnerstag 10:00 bis 18:00 Uhr; Freitag 10:00 bis 14:00 Uhr . Telefon 0 33 81 / 22 47 33 . Fax 0 33 81 / 22 99 61 . Web www.dielinke-brb.de . E-Mail redaktion@dielinke-brb.de

## Was Wann Wo

### JANUAR 2011:

08.01.	19.00 Uhr	Filmband [ `solid]
10.01.	18.00 Uhr	Fraktion
11.01.	16.00 Uhr	BO-Vorsitzendenberatung
19.01.	09.30 Uhr	Frühstück für Jedermann
24.01.	08.00 Uhr	Fraktion

**25.01. 18.00 Uhr Neujahrsempfang, Bürgerhaus Hohenstücken**

26.01.	16.00 Uhr	SVV
27.01.	18.00 Uhr	Vorstandssitzung

### FEBRUAR 2011:

**03.02. 17.00 Uhr öff. Programmdiskussion Einführungsveranstaltung Geschäftsstelle**

07.02.	18.00 Uhr	Fraktion
08.02.	16.00 Uhr	BO-Vorsitzendenberatung
13.02.	(Bus ab Hbf)	Anti-Nazi-Demo in Dresden
16.02.	09.30 Uhr	Frühstück für Jedermann
21.02.	18.00 Uhr	Fraktion
23.02.	16.00 Uhr	SVV
24.02.	18.00 Uhr	Vorstandssitzung

immer Di ab 18.00 Uhr und Do ab 16.00: linksjugend [ `solid]  
immer Donnerstags 10.00 bis 12.00 Uhr: Schuldnerberatung (nur mit telefonischer Voranmeldung).  
Unsere Geschäftsstelle ist ab dem 23.12.2010 geschlossen. Am 03.01.2011 sind wir wieder für Sie da.

## Rate mal!

Von wem stammen die folgenden Sprüche und Lebensweisheiten? Ankreuzen und die Lösung schicken an: Geschäftsstelle DIE LINKE, Redaktion Havelbrandung, 14770 Brandenburg an der Havel, Altstädtischer Markt 2.

Die besten Ratefische werden mit einem Büchergutschein in Höhe von 25,- EUR belohnt. In der Herbstausgabe haben gewonnen: V. Karius, E. Schmidt und P. Wolter. Sie werden postalisch informiert. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen. Viel Glück!

- Mit Geld kann man viele Freundschaften kaufen – aber selten ist jemand sein Geld wert.  
 A Josephine Baker  B Freiherr v. Knigge
- Eine Idee wird darum noch nicht wahr, weil jemand sich dafür geopfert hat.  
 A Oscar Wilde  B Friedrich Nietzsche
- Jeder schließt von sich auf andere und berücksichtigt nicht, dass es auch (noch) anständige Menschen gibt.  
 A Heinrich Zille  B Heinrich Heine
- „Unser aller Beruf ist es, Mensch zu sein. Aber wer hat schon diesen doch recht seltenen Ehrgeiz?“  
 A Sigmund Freud  B Friedrich Schiller
- Ich habe zu Hause ein blaues Klavier und kenne doch keine Note.  
 A Lena Meyer-Landrut  B Else Lasker-Schüler
- Wer Neues schaffen will, hat alle zu Feinden, die aus dem Alten Nutzen ziehen.  
 A Karl Marx  B Nicolo Machiavelli
- Wer Geld hat, kauft sich ein Auto. Wer keins hat, stirbt auf andere Weise.  
 A Fernandel  B Michael Schumacher
- Jeder dumme Junge kann einen Käfer zertreten, aber alle Professoren dieser Welt können keinen herstellen.  
 A Arthur Schopenhauer  B Charles Darwin
- Ich sah in einer monokapitalistischen Gesellschaft keine zukunftsträchtige Alternative. Die sehe ich auch heute noch nicht.  
 A Christa Wolf  B Martin Walser
- Solange man dem Anderen sein Anderssein nicht verzeihen kann, ist man noch weit ab vom Wege der Weisheit.  
 A chinesische Weisheit  B japanische Weisheit